

## Erklärung der Schulkonferenz der Käthe-Kollwitz-Schule Offenbach gegen Bundeswehr an ihrer Schule

Die Schulkonferenz beschließt, den Antrag der Gesamtkonferenz vom 23.3.2011 gegen die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Hessischen Kultusministerium und der Bundeswehr zu unterstützen, und begründet dies wie folgt:  
Die Bundeswehr ist keine Verteidigungsarmee mehr, wie vom Grundgesetz vorgesehen. Sie ist eine Armee im Einsatz und dient den Interessen der Wirtschaft, wie der „Sicherung der Rohstoff- und Warenströme, der Transportwege“ und vielem mehr – so als offizielle Regierungspolitik festgeschrieben im Weissbuch der Bundesregierung im Jahre 2006.  
Wir wollen nicht, dass unsere Schülerinnen und Schüler für einen Krieg gegen andere Völker rekrutiert werden. Und wir wollen auch nicht, dass sich die Bundeswehr als friedensschaffende Kraft anpreisen kann. Deshalb lehnen wir es ab, dass Jugendoffiziere der Bundeswehr an die Käthe-Kollwitz-Schule kommen und stellen uns damit einer immer stärkeren Militarisierung der Gesellschaft entgegen.

Einstimmig angenommen,  
Offenbach, 24. März 2011

Mehr Informationen zum Thema Bundeswehr und Schule:  
<http://gew.de/bundeswehr.html>  
[http://imi-online.de/download/factSheetSchuleBW2011\\_web.pdf](http://imi-online.de/download/factSheetSchuleBW2011_web.pdf)

Kontakt zur Jungen GEW Frankfurt:  
[jungegew@gew-frankfurt.de](mailto:jungegew@gew-frankfurt.de)



V.i.S.d.P.: Junge GEW Frankfurt, Bleichstr. 38a, 60313 Frankfurt am Main

# SCHULFREI FÜR DAS MILITÄR

## Der Einfluss der Bundeswehr auf die Schulen und was wir dagegen tun können

**Wen oder was sucht die Bundeswehr an den Schulen?** Wie wirkt sich der Umbau der Bundeswehr auf ihre Aktivitäten an den Schulen aus? Wie hängt dies mit einer Militarisierung im Innern zusammen?

**Was beinhaltet der Ende 2010 geschlossene Kooperationsvertrag zwischen der Bundeswehr und dem Hessischen Kultusministerium?** Welche Auswirkungen hat dies auf LehrerInnen und SchülerInnen? Was können ReferendarInnen tun, wenn sie – wie bereits jetzt in Baden-Württemberg – verpflichtet werden, an Ausbildungsveranstaltungen der Jugendoffiziere teilzunehmen?

**Was kann dem Einfluss der Bundeswehr auf die Schulen entgegengesetzt werden?** Wie kann eine Erziehung zum Frieden aussehen? Wie wird eine Schule zur „bundeswehrfreien Schule“? Was kann der oder die Einzelne tun?

### Diese und andere Fragen wollen wir diskutieren mit:

**Dr. Peer Heinelt: Politologe, Publizist**

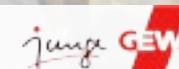
**Tony Schwarz: Bezirksvorsitzender GEW Südhessen, Lehrer an der Martin-Buber-Schule Heppenheim, die sich im Dezember 2010 einstimmig zur bundeswehrfreien Schule erklärt hat**

Gastbeitrag des AK Zivilklausel der Goethe-Universität Frankfurt zum Thema „Kriegsforschung an Hochschulen – Urabstimmung an der Uni Frankfurt“

## Donnerstag, 27. September 2012, 18 Uhr

DGB-Jugendclub Frankfurt, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77 (Eingang über Untermainkai)

Veranstaltet von: Junge GEW Frankfurt



Unterstützt von: GEW Bezirksverband Ffm, GEW Studierendengruppe Ffm, Junge GEW Hessen, GEW-LASS Hessen, DGB Jugend Ffm, Frankfurter Bündnis „Bildung ohne Bundeswehr“, L-Netz Uni Ffm

# AUFRUF ZUR BUNDESWEITEN AKTIONSWOCHEN GEGEN BUNDESWEHR IN SCHULEN UND HOCHSCHULEN VOM 24.-29. SEPTEMBER 2012

Die Bundeswehr drängt an die Schulen und Hochschulen! In den Schulen sucht sie zum einen nach dem Ende der Wehrpflicht neue Rekruten und Rekrutinnen. Zum anderen will sie schon die Kinder und Jugendlichen – die Wähler und Wählerinnen von morgen – von der Notwendigkeit militärischer Einsätze überzeugen.

In immer mehr Bundesländern schließt sie deshalb Kooperationsvereinbarungen mit den jeweiligen Kultusministerien. Damit sichert sie ihren Jugendoffizieren und Jugendoffizierinnen Zugang in die Klassenzimmer. Diese „Experten für die politische Bildung“ gestalten dort den Unterricht, entwerfen Lehrmaterialien, organisieren Ausflüge in Kasernen oder andere Seminarfahrten und üben zunehmend Einfluss auf die Ausbildung von Lehrkräften aus. Auch die Wehrdienstberater und Wehrdienstberaterinnen kommen regelmäßig und immer häufiger in Schulen, um Jugendliche offensiv für den Dienst an der Waffe anzuwerben. Auch an den Hochschulen wird eine zunehmende Militarisierung der Forschung und Lehre immer deutlicher.

Wir wollen uns gemeinsam der Militarisierung des Bildungssystems in den Weg stellen. Darum rufen wir zu einer bundesweiten Aktionswoche vom 24.–29. September 2012 gegen den Einfluss der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie auf das Bildungswesen auf. In vielen Städten sollen dezentral bunte, kreative und öffentlichkeitswirksame Aktionen und Veranstaltungen stattfinden, um Politik und Öffentlichkeit auf die Problematik der zunehmenden Militarisierung des Bildungssystems aufmerksam zu machen.

**Wir fordern die sofortige Kündigung der bestehenden Kooperationsvereinbarungen zwischen Kultusministerien und der Bundeswehr sowie die flächendeckende Einführung und Einhaltung von Zivilklauseln um eine Lehre und Forschung an Hochschulen zu garantieren, die ausschließlich zivilen Zwecken dient.**

*Die bundesweite Aktionswoche wird von über 100 Organisationen und Einzelpersonen unterstützt, u.a. GEW, Aachener Friedenspreis, AK Zivilklausel der Uni Frankfurt, DFG-VK, Freier Zusammenschluss von StudentInnenschaften (FZS), Initiative "Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel", ...*

**Alle UnterstützerInnen und weitere Infos zur bundesweiten Aktionswoche unter: <http://antimilaktionswoche.wordpress.com>**

